

Der neue EU-Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation

Dr. Wolf-Dietrich GRUSSMANN^(*)

Europäische Kommission, Generaldirektion
Informationsgesellschaft und Medien

(*) Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder



Übersicht

- Die reformierten/neuen Rechtsakte
- Ökonomische Regulierung
- Frequenzpolitik
- Verbraucherrechte
- Institutionelle Aspekte
- Umsetzung
- Ausblick

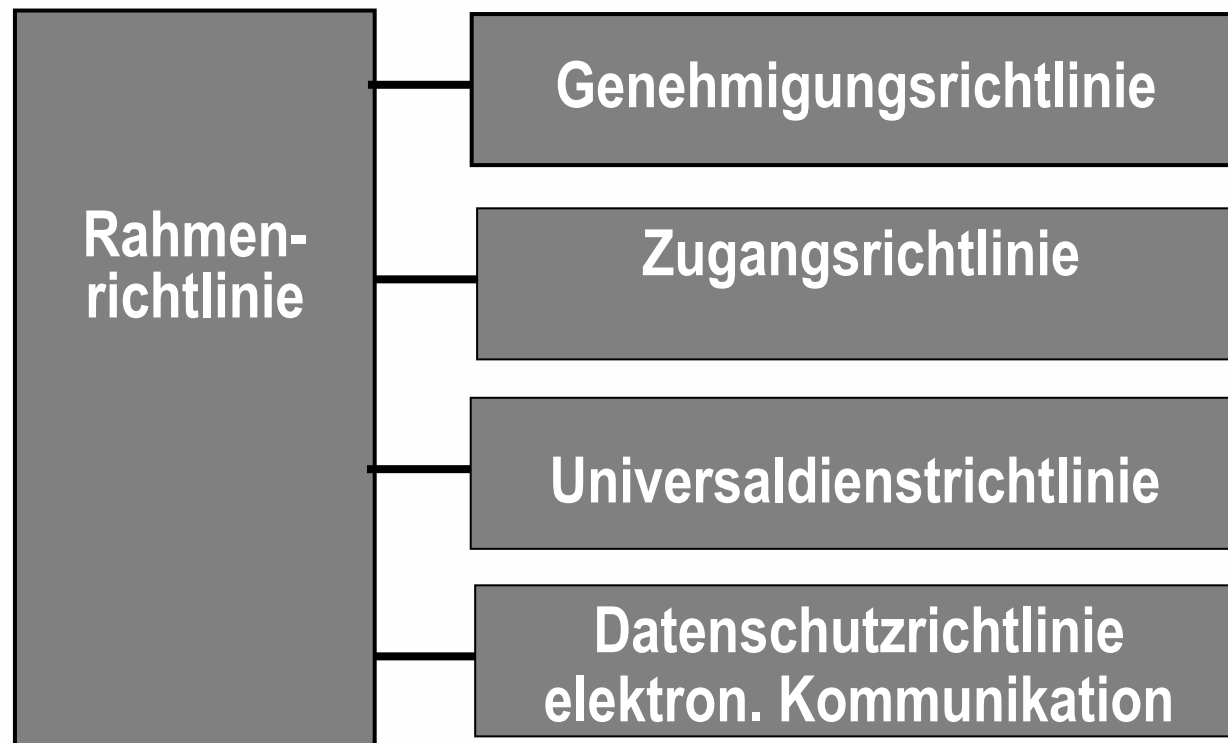


Der neue EU Rechtsrahmen

- Richtlinie "Bessere Rechtsetzung"
- Richtlinie "Rechte der Bürger"
- GEREK-Verordnung
- GSM-Änderungsrichtlinie
- GFP-Änderungsbeschluss
- GER-Aufhebungsbeschluss



Gegenstand der Reform



Review

European Commission
Information Society and Media



Eckpunkte der Reform

- **Ökonomische Regulierung**
 - NGA
 - Symmetrische Regulierungsmaßnahmen
 - Funktionelle Trennung
 - Koordinierungsverfahren (Art.7a RRL)
 - Harmonisierungsverfahren (Art.19 RRL)



NGA - Politischer Kontext

- Mitteilungen der Kommission zur Überwindung der Breitbandkluft (2006) und zu Hochgeschwindigkeitsverbindungen für Europa (2004)
- Regierungen der EU Mitgliedstaaten setzen auf schnelle Internetzugänge als Motor für die Digitale Wirtschaft
- Aufforderung des Europäischen Rates vom März 2009 an die Kommission, die Errichtung von NGAs zu fördern und eine Breitbandstrategie zu entwickeln
- Diskussion im Rat und im EP zur Förderung von Investitionen in neue (Glasfaser) Netzwerke
- NGA-Empfehlung



Flexibler Ansatz für nationale Regulierer

- Konsistenter, einheitlicher Ansatz in der EU, der je nach Marktgegebenheiten eine flexible Anwendung ermöglicht
- Strukturelle Unterschiede der Mitgliedstaaten (Umfang auf Infrastruktur basierender Wettbewerb; LLU Verbreitung; Netztopologien; Bevölkerungsdichte)
- Regulierer sollen über die ganze Bandbreite von möglichen Maßnahmen verfügen können
- Zugang zu Kabelschächten, entbündelter Zugang zu Glasfaser, Bitstrom



NGA und der neue Rechtsrahmens

- Der neue Art. 8 Abs. 5 lit. d RRL verpflichtet nationale Regulierer
 - Investitionsrisiken bei der Zugangsregulierung angemessen zu berücksichtigen
 - Vereinbarungen zur Verteilung des Investitionsrisikos zulassen
 - Bei gleichzeitiger Wahrung des Wettbewerbs und des Prinzips der Nichtdiskriminierung



Angemessene Rendite bei Preisregulierung

Art. 13 Abs 1 letzter Satz ZugangsRL

„Um zu Investitionen der Betreiber auch in Netze der nächsten Generation anzuregen, tragen die nationalen Regulierungsbehörden den Investitionen des Betreibers Rechnung und ermöglichen ihm eine angemessene Rendite für das entsprechend eingesetzte Kapital, wobei gegebenenfalls die spezifischen Risiken im Zusammenhang mit einem bestimmten neuen Netzprojekt, in das investiert wird, zu berücksichtigen sind.“



Symmetrische Regulierung im neuen Rechtsrahmens

- Der neue Art. 12 Abs. 3 RRL gibt NRB die Möglichkeit, die gemeinsame Nutzung von Verkabelungen in Gebäuden anzuordnen
 - Wenn Verdoppelung der Infrastruktur ineffizient oder unmöglich wäre
 - Kostenentscheidungen haben dem jeweiligen Risiko Rechnung zu tragen



Funktionelle Trennung

Art. 13a ZugangsRL

Als „außerordentliche Maßnahme“

- Feststellung von andauernden Wettbewerbsproblemen/Marktversagen in mehreren Vorleistungsmärkten
- Abschätzung der Folgen für
 - NRB, Unternehmen, Personal, Sektor, Investitionsanreize, Wettbewerb, Verbraucher
- Nachweis, dass effizientestes Mittel
- Zustimmung der Europäischen Kommission



Freiwillige Trennung

Art. 13b ZugangsRL

- Erste Erfahrungen der MS (UK, Italien, Polen)
- Sicherung der Nichtdiskriminierung durch SMP Betreiber
- Koordinierte Marktanalyse
- Unterrichtungspflicht, soweit Verpflichtungen geändert, aufgehoben oder neu auferlegt werden
- Ex-ante Befugnisse der NRB bleiben unberührt



Konsolidierung des Binnenmarktes I

Art. 7 RahmenRL

- Marktdefinition und -analyse neu
- Mitwirkung des GEREK
- Veto = „Entscheidung“
- Keine Komitologie
- 6 Monate Entscheidungsfrist im Falle eines Veto
- Pflicht zur Re-Notifizierung bei Änderungen des Entwurfs
- Periodizität der Marktanalyse



Konsolidierung des Binnenmarktes II

Art. 7a RahmenRL

- Verstärkte Mitsprache der Kommission bei Abhilfemaßnahmen
- Dialogphase im Falle erheblicher Zweifel (3 Monate)
- GEREK-Stellungnahme (6 Wochen)
- Empfehlung der KOM (1 Monat)
- Entscheidungspflicht der NRB (grundsätzlich 1 Monat)
- Begründungspflicht bei Abweichung



Harmonisierungsmaßnahmen der Kommission

Art. 7b und 19 RahmenRL

- Durchführungsbestimmungen zum Notifizierungsverfahren
 - Empfehlungen und Leitlinien
- Empfehlungen
 - über die harmonisierte Anwendung des Rechtsrahmens
- Entscheidungen
 - in begrenzten Fällen



Harmonisierungs- entscheidungen

Art. 19 Abs. 3 RahmenRL

- Harmonisierungsentscheidungen
 - Uneinheitliche Regulierungsansätze
 - betreffend Marktdefinition oder Marktanalyse
 - keine individuellen Abhilfemaßnahmen
 - nur zwei Jahre nach einer entsprechenden Empfehlung
 - GEREK Stellungnahme zu berücksichtigen
 - Nummerierungsfragen (Portierung; 112)
 - Regelungsverfahren mit Kontrolle (EP)



Eckpunkte der Reform

- Frequenzpolitik
 - Strategische Planung und Koordinierung
 - Technologie- und Diensteneutralität
 - Harmonisierter Frequenzhandel
 - Überprüfung von Einzelgenehmigungen



Strategische Planung und Koordinierung

Art. 8a RahmenRL

- Optimierung der Frequenznutzung
- Mehrjährige Programme des Gesetzgebers (RSPP)
- Legislativvorschläge der KOM
- Stellungnahme der GFP
- Politische Orientierungen und Ziele
- Internationale Frequenzkoordination
- Frequenzentscheidung bleibt unberührt



Flexibilisierung der Frequenznutzung

Art. 9, 9a, 9b RahmenRL

- Grundsatz der Technologie- und Diensteneutralität
mit zahlreichen Ausnahmen
- Überprüfung bestehender Rechte
bis 25. Mai 2016
- Frequenzhandel
Festlegung von Frequenzbändern
durch die Kommission
Regelungsverfahren mit Kontrolle (EP)



Spektrumliberalisierung und Refarming

- GSM/UMTS/LTE, 800/900/1800 MHz
- Neue GSM-Richtlinie (9.5.2010)
- GSM-Entscheidung (Oktober 2009)
- Empfehlung über die Digitale Dividende (1.1.2012)
- Behebung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 14 GenehmRL)



Eckpunkte der Reform

- Verbraucherrechte
 - Nummernportabilität
 - 112 und 116
 - Dienstqualität/Netzneutralität
 - Datenschutz



Erleichterung des Anbieterwechsels

Art 30 USD

- Nummernübertragbarkeit und Aktivierung binnen eines Arbeitstages
- Maximale Mindestlaufzeit von 48 Monaten (+ Angebotspflicht 12 Monate Höchstlaufzeit)
- Keine abschreckenden Bedingungen und Verfahren für Vertragskündigung
- Schutz gegen ungewollten Betreiberwechsel



Notrufdienste und soziale Hotlines

- 112 Verbesserungen (Art. 26 USD)
 - Zugang von allen PATS (inkl VoIP)
 - Rasche und genaue Angaben zum Anruferstandort
 - Gleichwertiger Zugang für Behinderte
 - Technische Durchführungsmaßnahmen
 - Informationskampagnen
- 116 (Art. 27a USD)
 - Insbesondere für vermisste Kinder



Transparenz und Dienstqualität

Art. 20-22, 29 und Anhang I Teil A USD

- Bessere Informationen über angebotene Dienste
 - angebotenes Mindestniveau der Dienstqualität
 - Zugang zu Notrufdiensten
 - Beschränkungen von Diensten/Endgeräten
 - Vertragslaufzeit bei Werbeangebote
 - Maßnahmen zur Netzwerksicherheit
- Besser Vergleichbarkeit der Tarife
- Warnhinweise zur Ausgabenkontrolle



Netzneutralität

- Regulierungsgrundsatz (Art. 8(4)g RRL)
„Endnutzer in die Lage versetzen, Informationen abzurufen oder zu verbreiten oder beliebige Anwendungen und Dienste zu benutzen“
- Erhöhte Transparenzanforderungen (Art. 20(1)b und Art. 21(3)c und d USD)
- Qualitätssicherung durch NRB (Art. 22(3) USD)
- Berichtspflicht der Kommission (Erklärung der Kommission)



Verbesserter Datenschutz

- Verarbeitungssicherheit und Benachrichtigungspflicht bei Datenschutzverletzungen (Art. 4 DSRL)
- Malware, Spyware, Cookies: Einwilligung aufgrund klarer und umfassender Informationen (Art. 5 Abs.3 DSRL)
- Verschärfung des Schutzes vor Spam; Klageweg für Diensteanbieter (Art. 13 Abs. 6 DSRL)



Eckpunkte der Reform

- Institutionelle Aspekte
 - GEREK
 - Das Büro
 - Unabhängigkeit der NRB
 - Rechtsmittelverfahren



GEREK

- ersetzt ERG
- wird im Anwendungsbereich des Rechtsrahmens und der RoamingVO tätig
- übt seine Aufgaben unabhängig, unparteiisch und transparent aus
- verfolgt dieselben Ziele wie die NRB gemäß Artikel 8 RahmenRL
- 1. Sitzung: 28. Januar 2010



Aufgaben

bzgl. RL "Bessere Gesetzgebung"

- ✓ Entwicklung bewährter Regulierungspraktiken
- ✓ Abgabe von Stellungnahmen
 - Erweitertes Artikel 7-Verfahren
 - Märkteempfehlung
 - Festlegung transnationaler Märkte
 - Harmonisierungsmaßnahmen
 - Grenzüberschreitende Streitigkeiten
 - Vorschlag funktioneller Trennung
- ✓ Unterstützung der NRB bei der Marktanalyse (auf Antrag)



Aufgaben

bzgl. RL "Rechte der Bürger"

- ✓ Beratung vor Komitologieverfahren
 - Zugang zur 112 Notrufnummer
 - Effektive Einrichtung des '116' Nummernbereich (insbes. Kinder-Hotline)
- ✓ Unterstützung der NRB in Fällen von Betrug oder Missbrauch der Nummerierungsressourcen



Organisation

Regulierungsrat (BoR)

Die Arbeit des
GEREK kann
gegebenenfalls in
Sachverständigen-
Arbeitsgruppen
untergliedert werden

Das Büro

- Verwaltungsausschuss (MC)
- Verwaltungsdirektor (AM)



Regulierungsrat

- besteht aus Leitern der 27 NRBs
- Kommission und NRBs von EWR & Kandidatenländer als Beobachter
- Vorsitz aus dem Kreise der Mitglieder
- Mindestens 4 Sitzungen/Jahr
- Entscheidungen mit 2/3 Mehrheit
- Entscheidungsvorbereitung durch das Büro



Das Büro

- Gemeinschaftseinrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit
- unterstützt das GEREK in administrativer und professioneller Hinsicht
- besteht aus einem Verwaltungsausschuss (27 NRBs+ Kommission) und einem Verwaltungsdirektor



Haushalt des Büros

- Zuschuss der Gemeinschaft
- finanziellen Beteiligungen von Mitgliedstaaten oder deren NRBs
 - freiwillig
 - zur Finanzierung spezifischer operativer Ausgaben
 - aufgrund spezieller Vereinbarung



Institutionelle Garantien für die Unabhängigkeit der NRB

Art. 3 Abs. 3 und Abs. 3a RahmenRL

- Angemessene Amtsdauer
- Grundsatz der Weisungsfreiheit
 - für ex-ante Regulierung und Streitschlichtung
- Verbot willkürlicher Amtsenthebung
 - Voraussetzungen im Gesetz geregelt
 - Nur, wenn Voraussetzungen der Amtsausübung nicht mehr erfüllt sind
 - Entscheidung muss begründet und veröffentlicht werden



Institutionelle Garantien für die Unabhängigkeit der NRB

Art. 3 Abs. 3 und Abs. 3a RahmenRL

- Adäquate finanzielle und personelle Ressourcen
- Eigener jährlicher Haushalt
 - für ex-ante Regulierung und Streitschlichtung
 - Transparenzgebot
 - Ausreichende Ressourcen, um sich aktiv am GEREK zu beteiligen



Rechtsmittelverfahren

Art. 4 Abs. 1 und Abs. 3,
Erwägungsgrund 14 RahmenRL

- **Wirksames Rechtsmittel**
 - keine ungebührlich lange Verfahrensdauer
- **Kohärenz einstweiliger Maßnahmen**
 - nach Maßgabe des nationalen Rechts im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH
 - nur in dringenden Fällen
 - zur Abwendung eines schweren nicht wieder gutzumachender Schadens
 - erforderlicher Interessenausgleich
- **Informationsverfahren**



Umsetzung des neuen Rechtsrahmens

- Umsetzungsfristen
 - 25. Mai 2011
 - 9. Mai 2010 (GSM-RL)
- Änderungen durch den Lissabon-Vertrag
- Übergang vom alten zum neuen Rechtsrahmen



Ausblick

- Grundprinzipien bleiben (insb. Wettbewerbsgrundsatz)
- Ex-ante Regulierung (in) der Zukunft?
- Neue Breitbandtechnologien
- „Fixed-mobile substitution“
- Konvergenz und Replizierbarkeit von attraktiven Bündelangeboten



Akteure der Umsetzung zukünftiger ex ante Regulierung

- Nationale Gesetzgeber
 - Ziele und Mittel der Regulierung
 - Befugnisse und Unabhängigkeit der NRB
- Nationale Regulierungsbehörden
 - Einzelfallbezogene Marktanalyse
 - Verhältnismäßige Ermessensausübung
- Kommission mit Hilfe von GEREK
 - Sicherung der Kohärenz im Binnenmarkt
 - Im Einzelfall oder allgemein (mit Komitologie)
- Kommission
 - Allgemeine Überwachung der RL-Umsetzung

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

